MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Ausgabe für Groß-Berlin 20 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 6. Dezember 1925
Sonntag Morgen

Chefredakteur Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R. M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Weg * Kraft und Stoff * Wirtschaft und Recht * Weltverkehr * Bild im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis: 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

64. Jahrgang
Nr. 574
6.12.m Sonntag

Kabinett Luther amtiert.

Fortführung der Preisabbaupolitik.

Amtlich wird mitgeteilt:

Reichskanzler Dr. Luther überbrachte heute nochmittag d. Uhr dem Reichspräsidenten die Demission der Reichsregierung. Der Reichspräsident nahm die Demission entgegen und ersuchte den Reichskanzler und die Reichsminister bis zur Neubildung der Regierung die Geschäfte weiterzuführen.

*

In der letzten Kabinettssitzung am Sonnabend vormittag erledigte das Kabinett eine Reihe Wirtschafts- und sozialpolitischer Angelegenheiten. Es wurde ein

Gesetzentwurf zur Forderung des Preisabbaus

verabschiedet, der nunmehr sofort dem Reichsrat vorgelegt werden wird. Der Gesetzentwurf enthält:

1. Bestimmungen über einen Vergleich zur Abwendung des Konkurses unter Aufhebung der Verordnung über die Geschäftsaufsicht.

2. Vorschriften gegen die Ausbeutung bei der Vergebung von Aufträgen im Wege der Ausschreibung.

3. Bestimmungen der Auswahlmeistbietung der Zwangsorganisationen, die bisher nach der Kartellverordnung den Einwirkungsmöglichkeiten der Reichsregierung und des Kartellgerichts nicht unterlagen.

4. Bestimmungen, die hinsichtlich der Einwirkungsmöglichkeiten des Staates die Innungen und Innungsverbände den Kartellen in gewissem Umfange gleichstellen.

5. Vorschriften über das Feilhalten von Brot zu seinem Gewicht.

Diese gesetzlichen Maßnahmen haben sich bei Durchführung der Preisabbauaktion als notwendig erwiesen. Die zur Verfügung stehenden verwaltungsmäßigen Mittel hat die Reichsregierung zur Herbeiführung des für erforderlich erkannten Preisabbaus selbstverständlich sämtlich angewendet. Diese Mittel reichten aber zur Erzielung des angestrebten Erfolges nicht aus. Der vorgelegtegene Gesetzentwurf soll die Preisgestaltung in der Wirtschaft weiterhin im Sinne einer für die Gesamtheit gesunden Entwicklung beeinflussen. Dabei wird die Reichsregierung in weitestgehen Beziehungen nach wie vor auf die verständnisvolle

Mitwirkung der Erwerbsstände

angewiesen bleiben. Die in Fortführung der Preisabbauaktion weiter eingeleiteten und noch im Gange befindlichen Maßnahmen werden ohne Unterbrechung weiterzuführen sein. So beschäftigte heute das Kabinett, dem Reichsrat die Herabsetzung des Zuschlages für die von den Apotheken vertriebenen Spezialitäten zu empfehlen. Außerdem verabschiedete das Kabinett eine Denkschrift über die Sozialversicherung 1924/25 sowie unter gestrigen Abendsdatt D. Red.) und eine Denkschrift über die Einnahmen und Ausgaben der deutschen Erwerbslosenfürsorge seit dem 1. Juli 1924. Diese Materialien werden sofort dem Reichsrat und Reichstag zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

Wie wir gleichfalls erfahren, haben die Beratungen der Reichsregierung auf breiter Basis zu der Überzeugung geführt, daß für öffentliche Gelder zu dem weiteren Ersatzes geführt, daß für den Vereinbarungen zur Zinsherabsetzung der öffentlichen Gelder nicht nur die überwiegende Zahl der Länder, sondern auch die Mehrheit der Kommunen, die Zustimmung erklärt hat, sondern auch die kommunalen Spitzenverbände, der Deutsche Städtetag, der Reichsstädtebund und der Deutsche Landkreistag sowie das Gedenkstirat des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, die Zentrale Girozentrale, ihren verbindlichen beigetreten sind.

Wirtschaftliche Gleichberechtigung!

Eine logische Folgerung aus dem Locarnopakt.

a. **Paris**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Die „Information", die gegenwärtig eine Umfrage unter den deutschen Wirtschaftsführern über die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich veranstaltet hatte, hat heute drei Antworten veröffentlicht, die heute ohne Ausnahme eine wirtschaftliche Verständigung zwischen den beiden Ländern zur Voraussetzung haben. „Die Welt ist wahrlich groß genug", so schreibt Louis Renault, „für Verständigung der chemischen Industrie ist viel leicht noch immer zu reaktionären, als auf anderen Gebieten." Frankreich solle sich durch eine chinesische Mauer ab und sei sogar das einzige Land, das sich weigere, die deutschen pharmazeutischen Verbände anzuerkennen. Als Vorbedingung für jede Verständigung, die auf deutscher Seite sehr begrüßt würde, müsse natürlich die Anerkennung des gewerblichen Eigentumsrechts derlangt werden.

Die deutsche chemische Industrie müßte in dieser Hinsicht Garantien verlangen, um so mehr, als sie in ihren privaten Geschäftsbeziehungen in der letzten Zeit wiederholt Enttäuschungen erfahren mußte. Im übrigen könne eine wirtschaftliche Verständigung zwischen den beiden Ländern nur auf gegenseitigem Vertrauen, auf voller Aktionsfreiheit und auf gegenseitiger Gleichberechtigung beruhen. Die Einladung dieser Bedingungen wäre die beste Vorbereitung für einen Völkerein, der jedoch im Augenblick mit der Durchführung des Dawes-Planes unvereinbar zu sein scheine und der Zustimmung der Volksmassen beider Länder.

Die offenbarsten Anerkennungen von Geheimrat Duisberg werden die beteiligten französischen Stellen hoffentlich zu einigem Nachdenken anregen. Im übrigen muß jedoch gesagt werden, daß die Verhältnisse in anderen Wirtschaftszweigen nicht ganz so unsinnig liegen wie gerade in der chemischen Industrie.

Herr Duisberg hat auch hierfür den Grund angegeben: Die Franzosen betrachten die deutsche chemische Industrie in erster Linie als Kriegsindustrie, deren Erfolge sie mit besonderen Mißtrauen beobachten. Demgegenüber weist Herr Duisberg darauf hin, daß

1. diese militärische Einschätzung sehr problematisch sei, und daß

2. eine Abrüstung Allgegnge genügen würde, um chemische Fabrikanlagen, genau so wie alle anderen, in einen Schutthaufen zu verwandeln.

Jedenfalls sei es bedauerlich, daß in Frankreich wenn die „Information", die übrigens eine begeisterte Schilderung der Bayerschen Werke gibt, sich habe diese Umfrage gewünscht, eine Klärung über die Möglichkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit herbeizuführen, da die praktische Ausnützung des Locarno-Vertrages in einem großen Teil von der Lösung dieses Problems abhängen wird.

Neuwahl des Schweizer Bundesrats

d. **Basel**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Der neugewählte Schweizer Nationalrat wird zusammen mit dem Ständerat am 7. Dezember zu den Parlamentsberatungen zusammentreten. Eine der ersten Handlungen der beiden Kammern wird die Neubestellung des Bundesrats, der Zentralregierung, sein. Es ist nicht anzunehmen, daß der bisherige Bundesrat, bestehend aus Bundespräsident Musy, Schulthess, Chuard und Häberlin eine Bestätigung erfahren wird. Das Amt des Bundespräsidenten, das alljährlich wechselt, übernimmt für 1926 Bundesrat Häberlin, der Vorsteher des Justizdepartements.

Für Nationalrat und Ständerat sind dann ebenfalls nach die Präsidenten und Vizepräsidenten zu ernennen, worüber sich die Fraktionen größtenteils schon verständigt haben. Präsident des Nationalrates wird der bisherige Vizepräsident Dr. Hoffmann aus Frauenfeld (Demokrat), des Ständerats Dr. G. Keller, Rechtsanwalt in Aarau.

(Sch. T. U.) **Hawas berichtet aus Beirut: Seit heute vormittag ist ein lebhafter Kampf um Hasbaya im Gang. Nun 4 Uhr drang ein Teil der französischen Truppen in Hasbaya ein.**

Elsaß-lothringische Anklagen.

Kammerdebatte über den Assimilationsprozeß.

a. **Paris**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Im Rahmen der Budgetdebatte kam es heute in der Kammer zu Auseinandersetzungen über Elsaß-Lothringen. Zwei elsässische Abgeordnete, Pfleger und Müller, übten scharfe Kritik an der zentralistischen Politik der Regierung und führten zahlreiche Mißstände in der Verwaltung an, die zu großer Unzufriedenheit in der elsaß-lothringischen Bevölkerung Anlaß geben. „Die Regierung muß sich in acht nehmen", sagte Herr Pfleger, „daß sich in nicht Stürme erhebt, welchen sie sich selbst hat." Ebenso beklagte es der Abbé Müller, daß „der Fanatismus der Assimilation bis zur Absurdität getrieben wurde" und daß die Zentralbehörden auf die Eigenart der beiden Provinzen keine Rücksicht nehmen. Dadurch entstehe die Gefahr, daß die Gefühle der Anhänglichkeit an einen Gegenstand zum Nationalbewußtsein gereizten. Im Gegensatz zu diesen beiden Rednern trat ein dritter elsässischer Abgeordneter, Herr Fuchser, Mitglied des Deutschen Reichstags, Weil, für die möglichst rasche und vollständige Durchführung der Assimilationsprozesse ein.

Man wird gut tun, aus derartigen Diskussionen in der französischen Kammer keine zu tragische Auffassung zu legen, da in ihnen die Parteipolitik eine ausschlaggebende Rolle spielt. Beschwerdeworte gegen die beiden scharfen Kritiker dem Nationalen Block an, während Weil bekanntlich Sozialdemokrat ist. Im Namen des Kabinetts verteidigte der neue Sprechminister, Laval, die Regierungspolitik.

Memel wendet sich an den Völkerbund.

sch. **Genf**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Wie verlautet, beabsichtigt der Landtag von Memel, sich in dem mit dem Gouverneur Petitis ausgebrochenen Konflikt unter den von diesem ernannten Direktoriumspräsidenten Neumann an den Völkerbundsrat zu wenden. Man nimmt sich in Genf in dieser Angelegenheit des stärksten Widerstandes, den auf der letzten Ratstagung Galvanauskas dem Beschwerdewerk Memels entgegentrat, und den er weit führte, daß der Vertreter Litauens den Beratungsstaat verließ, nachdem er niederholt mitteilt mit der Faust auf den Tisch geschlagen hatte.

Tacna-Arica-Streit und Völkerbund.

sch. **Genf**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Die bereits gestern übermittelte Nachricht, daß der Englische Gesandte in Washington, Howard, den Generalsekretär des Völkerbundes als Mitglied dem Hinschiedsgericht für den Meinungsaustausch zwischen Chile und Peru schwebenden alten Streit auch die Vereinigten Staaten als Schiedsrichter einbezogen worden sei, bestätigt man hier das Vorgehen Chiles mit einer sehr verständlichen besorgten Aufmerksamkeit, während Peru sich abwartend und mit Mißtrauen in einem alten Streit, den Bolivien schon 1921 auf Grund des Artikels 19 vor den Rat bringen wollte. Peru und Bolivien haben bereits seit Jahren sich an den Völkerbundsorganisationen nicht mehr beteiligt.

Genfer Arbeit.

sch. **Genf**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Das Ratskomitee beschäftigte sich heute mit den Vorbereitungen für die Abrüstung und für die Einführung einer Kontrolle der privaten Waffenerzeugung. Hinsichtlich der Abrüstung ist bis jetzt offiziell nichts bekannt geworden. In der Angelegenheit der Waffenkontrolle dürfte der Rat gehetzen werden, das inzwischen fertiggestellte Fragenprogramm den Staaten bekanntzugeben und dann bis 1. Juni zu beantworten.

Das Finanzkomitee und das österreichische Garantiekomitee beschäftigten sich heute fast ausschließlich mit Österreich. Dessen leitende Minister heute vormittag Rede und Antwort standen. Auch ein führender Vertreter der Nationalbank war anwesend. Die Beratungen dauerten, ohne die österreichischen Minister, den ganzen Nachmittag und wurden heute abend noch fortgesetzt. Es handelt sich noch immer um die Neugestaltung der Kontrolle der Ausgaben Einnahmen und die Verwendung der Kreditreste.

Aus dem Inhalt der Beilagen.

1. Beiblatt:

Ramajuri (Rudolf v. Ratzenum). — Vom Schenken (Elfriede Lessen). — Das Schweinchen (Fritz Timmermann). — Die Not im Landwirtschaft (Eine Regierungsdenkschrift).

2. Beiblatt:

Die Monarchisten im Orient (Ferdinand v. D. Alfred Rappaport, Wien). — Hindu-Kuppreche im Amarsch (Plauderein zum nahenden Christfest). — „Mandana daschl." Als Arzt in Afghanistan (Dr. Paroltein, Bosto). — Modernes Raubwerk (Eine Regierungsdenkschrift).

„Welt und Weg":

Unterstützung des Auslandes (Dr. Hans Roeseler). — Die Marktit und der Backfisch (Alice Ehlgrimm-Lobach). — Kreuzpartisan" Mein Samiun. — Rache für St. Helena (Einar Mitkellsen). — Das Rest (Arno Merker). — Der Weihnachtsbücherschau.

„Kraft und Stoff":

Die Windkraft (Prof. Dr. C. Kahner). — Weltfahrenhalle Dortmund. — Deutsche Glasindustrie. — 40 Jahre L. & G. — Das Tierskeletten (Dr. G. Kunkel). — Städdeun in den Vereinigten Staaten.

„Weltverkehr":

Südseebilder (6. Harms). — Ein Bergbahn-Salon. — Afrikanische Großgeschäftsgrapen (Oberbaurat Prof. Balzger). — Der Untergang (Reichsschiffbauer Rosenfeld). — Deutschlands erste Fernbahn (Dr.-Ing. h. c. F. M. Kurlbaum).

„DAZ im Bild":

Als Berlin (auf Berolinenfest-Aktion bei Glaupe am 16. d. M.). — Köpfe der Woche. — Chronik der Bühne. — Vorlesende der Kinder. — Alte deutsche Kinderbücher. — 400 Kilometer die Stunde.

Scharfe polnische Finanzmaßregeln.

Devisenverkehr nur durch die Devisenbanken.

n. **Warschau**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Eine amtliche Verfügung des polnischen Finanzministeriums enthält einschneidende Veränderungen in der Beschränkung des Devisenumlaufes. Devisen dürfen nach dieser Verordnung nur von den Devisenbanken gekauft oder verkauft werden. Der Kunde, der als Käufer auftritt, ist verpflichtet, beim Devisenkauf die Zahlungen und Zahlungsmittel über die importierten Waren vorzulegen. Die Devisenbanken nehmen dann die Ueberweisung nach der Pole in polnischer oder fremder Valuta, ganz gleich in welcher Höhe, unterliegt von nun an der vorherigen Einholung der Erlaubnis der Finanzbehörde. Alle Ueberweisungen nach dem Auslande und nach Danzig durch die Polen sind danach von der Genehmigung der Finanzbehörde abhängig. Diese Maßnahmen sollen den Zweck haben, der Spekulation sowohl bei der Ueberweisung von Auslandsdevisen als auch bei der Ueberweisung von polnischer Währung nach dem Auslande Erschwerungen auferlegen.

Danzigs Wirtschaftsnot.

lz. **Danzig**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Die Danziger Regierung teilte in einer Pressekonferenz unter Leitung des Senatspräsidenten Gehl die Regierungsmaßregeln zur Behebung der Danziger Wirtschaftsnot mit, welche die parteipolitische Auseinandersetzung der schweren Wirtschaftslage zu verhelfen Protestkundgebungen starke Verurteilung erfuhr. Wirtschaftsminister Dr. Frank gab die Finanzlage bekannt. Dr. Volkmann legten die beschlossenen Regierungsmaßregeln gegenüber der Wirtschaftsnot dar, wobei betont wurde, daß die Ursache der schweren Wirtschaftslage Polens infolge des Abrollsieges und der Besetzung Danzigs und der Wirtschaft Polens sind außerordentlich bemerkbar machen und die Kapital- und Kreditnot sowie der Mangel an Absatzmöglichkeiten für Danziger Erzeugnisse zu gegenwärtige Lage bedingten. Unter den Folgen des deutsch-polnischen Wirtschaftskrieges leide Danzig ebenso wie Deutschland und Polen und als äußerster Warenaustausch nicht zum mindesten unter dem Rückgang der Zolleinnahmen in Memel und der politischen Isolation. Für das zu Ende gehende Rechnungsjahr 1925 betrage das Defizit 4,2 Millionen gegen 2,5 Millionen berechnet, wovon allein 2 Millionen auf die Arbeitslosenunterstützung entfallen. Es seien alle Anstrengungen gemacht worden, um eine Besserung der finanziellen Lage herbeizuführen, aber trotz aller Sparsamkeit sei ein Defizit nicht zu vermeiden gewesen. Die Regierung habe sich gezwungen gesehen, eine Anleihe aufzunehmen, die bereits gezeichnet worden sei. Die Anleihe solle zu Investitionen verwandt werden, die der Arbeitslosigkeit entgegenwirken sollen. Die Regierung habe sich ferner gezwungen gesehen, eine Reihe von Steuern zu erhöhen, um die Einnahmen zu vermehren. Die Steuererhöhungen seien aber nicht so hoch, daß sie eine Belastung der Wirtschaft bedeuten würden. Die Regierung habe sich ferner gezwungen gesehen, eine Reihe von Steuern zu erhöhen, um die Einnahmen zu vermehren. Die Steuererhöhungen seien aber nicht so hoch, daß sie eine Belastung der Wirtschaft bedeuten würden. Die Regierung habe sich ferner gezwungen gesehen, eine Reihe von Steuern zu erhöhen, um die Einnahmen zu vermehren. Die Steuererhöhungen seien aber nicht so hoch, daß sie eine Belastung der Wirtschaft bedeuten würden.

Einführung eines Zolltarifes.

Die Frage der Preisregulierung für besonders lebensnotwendige Artikel werde besonders durch die Aufrechterhaltung der Zollgrenze mit Polen erschwert. Es sei deshalb notwendig, einen Zolltarif einzuführen. Dieser werde in der Hauptsache auf Rohstoffe und Halbfabrikate Anwendung finden. Die Einführung eines Zolltarifes werde auch eine Belebung des Handels mit Polen zur Folge haben. Die Regierung habe sich ferner gezwungen gesehen, eine Reihe von Steuern zu erhöhen, um die Einnahmen zu vermehren. Die Steuererhöhungen seien aber nicht so hoch, daß sie eine Belastung der Wirtschaft bedeuten würden. Die Regierung habe sich ferner gezwungen gesehen, eine Reihe von Steuern zu erhöhen, um die Einnahmen zu vermehren. Die Steuererhöhungen seien aber nicht so hoch, daß sie eine Belastung der Wirtschaft bedeuten würden.

Militärkonvention zwischen Polen und Kleiner Entente?

khg. **Wien**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Aus Bukarester Verhandlungen zwischen Polen und der Kleinen Entente ist einer vollen Einigung und zum Abschluß einer Militärkonvention gekommen haben. Dieses Abkommen regelt vor allen den Transport von Waffen, Munition und Kriegsmaterial durch die Gebiete der Vertragsstaaten. Der sonstige Inhalt der Vereinbarung wird geheimgehalten.

Kabul, 5. 12. (K. u. A.) In der letzten Sitzung des Ministerrates wurde das Protestschreiben des deutschen Gesandten Grafen Strachwitz einer eingehenden Prüfung und Verfassung des deutschen Gelehrten Sven Hedin erörtert. Der deutsche Protest wurde dem englischen, französischen und italienischen Gesandten unterbreitet. Dauer wird nicht mehr.

Lucknow, 5. 12. (W. T. B.) Zu Ehren wurde der als Faszist bekannte Sekretärdestitalienischen Wohlfahrtsvereins in seinem Palais einer Ehrenwache von 25 Mann, die durch drei Revolverschüsse getötet. Der Täter, in dem man einen Kommunisten vermutet, ist entkommen.

Dublin, 5. 12. (W. T. B.) Bewaffnete Räuber drangen in eine Dubliner Bank ein und raubten mit vorschalenem Revolver 1400 Pfund Sterling. Bis jetzt ist es nicht gelungen einen der Täter zu verhaften.

Colorado, 5. 12. (W. T. B.) Die in der brennenden Forbview-Mine eingeschlossene Bergleute haben sich mit Unterstützung einer Rettungsabteilung aus dem Bergwerk retten können und befinden sich nun in Sicherheit.

Tessau, 5. 12. (T. U.) In dem Prozeß gegen den Fabrikbesitzer Bernstein wegen Brandstiftung wurde heute abend das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Italien gegen Englands Schutzzölle

Bericht der Amerika-Delegation in der Kammer.

lr. **Mailand**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Die geplanten englischen Schutzzölle haben in Italien lebhafte Unruhe hervorgerufen, weil sie u. a. einen Exportartikel treffen, der gerade in England seit langem auf's beste eingeführt war, Lederhandschuhe nämlich. In den ersten neun Monaten dieses Jahres betrug die italienische Ausfuhr solcher Handschuhe allein Waar handschuhe im Gesamtwerte von 73 Millionen Lire, wovon der größere Teil nach England gegangen ist. Im Zusammenhang mit der Automobilindustrie vom englischen Schutzzoll betroffen werden, die natürlich einen noch größeren Wert repräsentiert. Die englische Schutzzollpolitik wird in Italien um so peinlicher empfunden, als Italien ja jetzt an die Lösung der Schuldenfrage herangehen will und England als Gläubiger mit berechtigtem Mißtrauen betrachtet wird.

Graf Volpi und seine Mitarbeiter sind heute von der italienischen Kolonie herzlichst empfangen worden. Der Kammerpräsident Colorano und der Bürgermeister Mailands, der ehemalige Ministerpräsident de Stefani, haben dem Zweck in einer guten Schlacht den Willkommengruß der Heimat entboten, und dann hat Mussolini seinen Mitarbeitern seinen Dank ausgesprochen und die Gelegenheit wahrgenommen, auch der amerikanischen Schuldenkommission und dem amerikanischen Volke zu huldigen, die sich mit dem moderenen Italien sofort verstanden hatten, weil sie beide, das in Italien mit Ernst und Disziplin ausgebaut wird. Als Mussolini die gegenwärtige Schuldenlage eine stromonische Zahl nannte, erntete er die Heiterkeit der Versammlung. Zum Schluß sprach der Herr Volpi und gedachte der Tätigkeit seines Amtsvorgängers und der Opferwilligkeit des italienischen Volkes, von allem aber der ganzen persönlichen Aufopferung, die in Amerika wie ein Mythos verehrt wurde. Ueber die Verhandlungen selbst, so hatte er, werde er alle von Rom gemachten Andeutungen decken, da sie heute noch zu keiner Verhandlung darüber gekommen. Die betreffenden Gesetzentwürfe hat Mussolini dann dem Kammerpräsidenten übergeben.

„Ariadne auf Naxos" in Turin.

fr. **Mailand**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Am Montag findet in der Stadtoper von Turin die italienische Uraufführung von Richard Strauß Oper „Ariadne auf Naxos" statt. Die Uebersetzung stammt aus der Feder des italienischen Ministerialrats Zavarise, eines Bruders des früheren Außenministers, der auch alle anderen Opern von Strauß ins Italienische übertragen hat. Die Leitung befindet sich in Turin und nimmt an den vorbereitenden Proben persönlich Anteil.

Politische Gärung in Japan.

Tokio, 5. 12. (Sonderdienst der DAZ.)

Bauern und Arbeiter hielten in Tokio die erste Versammlung zur Gründung einer proletarischen Partei ab. Die Versammlung endete mit der Verhaftung von acht Führern, denen die Polizei mitteilte, daß auf Grund des Schutzgesetzes das Zusammenarbeiten die Bildung einer proletarischen oder bäuerlichen Partei verboten hatte. Die Delegierten vertraten eine 150 000 Wähler. Die Versammlung wurde durch Kommunisten gestört, die den Präsidenten mit Steinen bewarfen. Die Polizei verhaftete 25 Kommunisten.

Stillstand der chinesischen Zollkonferenz.

Peking, 5. 12. (Sonderdienst der DAZ.) Die Besprechungen der chinesischen Delegationen auf der Zollkonferenz sind völlig damit beschäftigt, Statistiken aufzubauen, die auf der Vergangenheit basieren und kaum jemals irgendeine Bedeutung für die zukünftige Lage werden. Die Konferenz wird abwarten müssen, bis sich die militärische und politische Lage bessert. Aber ob das möglich ist, bleibt fraglich. Der einzige Gleichmut am Bargen ist der, daß die chinesischen Parteien und die Regierungen, der die Kontrolle von Peking übernommen hat, bei keine Unruhen dulden wird, die Anstrengungen gegen politische Demonstrationen möchte eingreifen darf.

Auswärtige Politik.

Die Unterzeichnung in London. — Briand und die Finanzgesetze. — Abrüstung. — Uebergang Englands zum Schutzzoll und die Gefährdung der deutschen Wirtschaft.

Von

Paul Lensch.

Die Unterzeichnung des Vertrages von Locarno ist nun in **London** vor sich gegangen. Nicht ganz mit dem Pomp, den man anfangs geplant hatte, da der Tod der Gattin Edwards VII. des Vaters der Einkreisungspolitik gegen Deutschland, unerwartet dazwischen fiel. Zur vollen Gültigkeit des Vertrages bedarf es nun noch des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, der, wie die Gerüchte gehen, im März vollzogen werden soll.

Der Abschluß rundet unter einem unglücklichen Stern. Es stellte sich heraus, daß niemand Zeit hatte. Die deutschen Delegierten, Reichskanzler und Außenminister, wollten möglichst schnell nach Berlin zurück, um ihre ihre Aemter niederzulegen und die Bildung eines neuen Reichskabinetts zu beschleunigen. Herr Briand war natürlich in noch größerer Eile. Er hatte soeben mit Not ein neues Kabinett gebildet, an dessen Spitze er stand. Aber das Finanzelend Frankreichs drückte mit solcher Wucht, und die Unsicherheit seiner Parlamentsverhältnisse war so stark, daß Herr Briand mit langsamen Kräften nach Paris drängte. Aus Chamberlain verlangte Briands nach dem Schlechtwerden der Finanzen immer lebhafter, die „Wiederkunft" und andere Konsequenzen von Locarno zu sprechen.

*

Nachdem Briand in Locarno und London die Ernte seiner Weltverkehrt in der auswärtigen Politik eingebeimst hatte, erwartete ihn in Paris die Gelegenheit, in der inneren Politik die gleiche Geschicklichkeit zu beweisen. Zunächst in Briand ohne Zweifel die bedeutete politische Persönlichkeit Frankreichs, und es war überschätzt, mit welcher Schnelligkeit er das restliche Viertel der chronischen Kabinettskrisen löste. Hier war es die Stellung der Sozialdemokratie, die bei ihrer Fraktionsstärke eine vorbereitende Rolle spielte, zugleich aber durch ihren starren Dogmatismus jeden positiven Schritt in der Finanzreform verhinderte. Painleve ist in der Hauptsache daran gescheitert, daß sie zwar den entschiedenen Willen zur Durchführung der Finanzreform ausüben wollte, jede Uebernahme der Verantwortung aber durch Eintritt ins Kabinett ablehnte. Durch eine geschickte Taktik schaltete Briand die Sozialisten aus und bewies durch das Angebot der Mitarbeit an ihre Adresse, was die Sozialisten anbieten, den Radikalen und den übrigen Kartellparteien, daß mit den Sozialisten eine praktische Reformarbeit nicht zu leisten sei. Das Stabilisierungsgesetz von Dezember 1924 war bereits ein gutes Instrument zur Eroberung von Mandaten erwiesen, und da dieses Stabilisierungsgesetz unverbrüchlich ist, so ist die Aussicht der Scharfmacher, wie Poincaré usw., in absehbarer Zeit wieder ins Amt zu kommen, nicht gegeben. Aber für positive Arbeit, vor allem für die Bewältigung der ungeheuren Schwierigkeiten, die die zum Sturz Poincarés jede französische Regierung in ihrer Finanzpolitik und Steuergesetzgebung aufbauen muß, wird die Sozialisten nicht zu gebrauchen. Damit war also die bisherige Kartellpolitik gestürzt und das Aufsichten auf neue Kombinationen öffneten sich.

Am Mittwoch, direkt nach der Ankunft von London, begann der Kampf in der Kammer um das neue Finanzgesetz, das offiziell unter dem Namen des Finanzministers Caudeh geht. Das Ergebnis war ein großer Erfolg Briands, auch der Artikel über die Inflation fand schließlich eine Mehrheit von freilich nur 26 Stimmen Mehrheit angenommen. Es erhobt die Inflation um 7½ Milliarden und die Bodenrente der Bank von Frankreich an den Staat um 6 Milliarden. Selbstverständlich ist das nur ein trauriger Notbehelf und kann als ein „Erfolg" nur bezeichnet werden im Gegensatz zu dem absoluten Nonsinnen, das in den Kammerdebatten unter Painleve ergeben hatte. Loucheur gehört nicht zu den beliebten Mitgliedern der Kammer. Er ist ein gar zu guter „Finanzmann" und „Kenner der Provinzen" Frankreichs hat er für sich in eine Goldgrube zu verwandeln verstanden. Er gehört zu den „neuen Reichen" aus den großen Industrieprovinzen Nordfrankreichs. Es ist bekannt, daß die Formulierungen über die Reparationsleistungen Deutschlands im Versailler Diktat zum großen Teil auf Loucheur sich zurückführen, was ihn nicht gerade als einen wirtschaftskundigen Mann erscheinen läßt.

Die französischen Finanzen werden natürlich auch nicht durch die jetzt beschlossenen Maßregeln gesund. Frankreich hat einen Jahresdefizit, der nahezu zwei Drittel der Einnahmen im Jahresetat ausmacht. Es läßt sich denken, daß die neue Inflation ein weiteres Sinken des Frankes herbeiführen wird. Die großen inneren Anleihen allein von 1916—1920 sind in der Hauptsache von dem Kleinrentner aufgenommen, der so in seinen Ersparnissen ökonomische Charakterstarr der französischen Wirtschaft ist. Die Verluste dieser Kleinrentner berechnen sich heute bereits auf 100 Milliarden und 50 Milliarden. Das Großkapital steht Land und bringt sich in fremder Valuta im Ausland in Sicherheit. Alles Erscheinungen, die wir aus eigener Erfahrung kennen und die uns seinerzeit Frankreich als bewußten Betrug unserer Gläubiger auslegte. Bei der Steuerscheu der besitzenden Klassen Frankreichs und dem Scheu der Besitzenden vor der zugesicherten, ist wenig Aussicht, daß Frankreich bald aus diesem Sumpf herauskommt.

*

Im Anschluß an die Londoner Vorgänge hat sich das Thema der Abrüstung von selber in den Vordergrund geschoben. Vor allen Dingen die kleinen Staaten wie Belgien, das seine früher bestehende Neutralität von 1839 aufgegeben hat, die das Land freilich nie gehindert hat, eine nicht unbedeutende Armee zu halten, die man besonders im Kampf mit streikenden Arbeitern verwendete, und die vor

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

Devisenkurse von 1 Uhr nachmittags.

	5. 12.	4. 12.		5. 12.	4. 12.
Tägl. Geld	nom.	5%	Amsterd.	40,16	40,14
Berlin	23,80–23,82	23,80–23,82	Zürich	19,29	19,27
Wien	—,—	—,—	Italien	20,93	20,89
London			Schweiz	24,99	24,99
Kabel Tr.	4,85,45	4,85,12	Prag	2,96	2,96
Kabel Ausz.	4,85,90	4,85,50	Wien	4,03	4,03
Paris	3,86,50	3,85,50	Madrid	14,28	14,29
Brüssel	4,52,75	4,52,50	Oslo	693	692

New York, Produktenmarkt.

Kaffee Santos I.	5. 12.	4. 12.	Chicago	5. 12.	4. 12.
„ Rio Nr. 7	16½	16½	Mais	1,45	1,45
Zucker	15,96	15,94	Weizen	14,53	14,72
Kupfer	13,92	16,90	Schmalz	10½	10½
Blei	15,79	15,85	Chic. Schweine	10,20	10,30
Zink	15,49	15,50	Speck	10,11	10,11
Zinnpfr.	15,16	15,20	Pelzwarenauktion	17,90	17,90
Baumwolle l.	20,65	20,75	„ Tuche	7,50	7,50
„ Okt.	20,25	20,35	„ Wool. m.	14,50	14,50
„ Januar	19,50	19,64	Pennsylv. Roh	3,40	3,40
„ März	19,15	19,55	Boston Wolle	2,35	2,38
„ April	19,25	19,30	„ Tuche	2,85	2,85
Salpeter	38 000	38 000	Tampatuc	105	105
Kupfer elektr.		14–14½	Lousanac	98	98
Zinn	63,62	63,62	Kakao	19,46	19,46
Blei		9,50			
Zink		8,65			
Silber	gesunken	65½			

	5. 12.	4. 12.		5. 12.	4. 12.
Getreide, rot.	105½	103	Mais, Jul.	8,00	8,56
Hartweizen	109	105½	Getreid. Engl.	3/0–4/0	sh 3/0–4/0
Mais	102½	102½	Kaffee Brasil.	14–16	cts 14–16

Chicago, Produktenmarkt.

Getreide Mai	178	174½	Schmalz März	13,75	13,82½
„ Mai	173½	170½	Pork Januar	14,20	14,20
Mais Dez.	77½	77¼	Speck	15,50	15,50
„ Mai	84½	83½	Schweine nächst	10,70	10,90
Hafer Dez.	41¼	40¾	Schweine Januar	11,40	11,60
„ Mai	45¼	44¾	Schweine nächst	10,90	11,05
Roggen Dez.	102½	96½	Schweine nächst	11,20	11,35
„ Mai	109½	104½	Chicago	9 000	22 000
Kalifornia Jun.	13,82½	13,92½	Westen	42 000	103 000